

Wahlprogramm
zur Abgeordnetenhauswahl 1967
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin

„Liberale Politik für Berlin“

Quelle/Zitierweise:

Das Berliner Wort, Nr. 3 vom 10.2.1967 (ADL, Druckschriftensammlung, D3-19)

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-391

Liberaler Politik für Berlin

Programm der Freien Demokraten für die Wahlen am 12. März 1967

I

Die FDP hat 1963 mit ihrem Eintritt in den Senat die Politik hinter verschlossenen Türen beendet und Bewegung in erstarrte Fronten gebracht. Sie hat millionenfache Begegnungen zwischen den Menschen in beiden Teilen der Stadt ermöglicht, und zwar gegen den Widerstand der Kleingläubigen. Der ganzen Welt in Ost und West ist auf diese Weise der Wille zur Wiedervereinigung eindrucksvoll bewiesen worden.

Die Politik der offensiven Entspannung ist fortzusetzen. Die Rechtsposition Berlins als freies Bundesland ist dabei unverzichtbar. Vereinbarungen mit der anderen Seite können diese Rechtsposition nicht berühren.

Die Bemühungen um die Verbindung der beiden Teile Deutschlands sind nationale Politik und keine Außenpolitik. Die Außenpolitik hat dem Ausgleich zwischen den Teilen Deutschlands zu dienen.

Mauer und Schießbefehl lassen sich nicht durch dröhnende Phrasen überwinden, die nur zu leicht zu einer Demonstration unserer Ohnmacht werden können.

Die Kommunisten dürfen sich nicht wieder hinter ihrer Mauer verkriechen. Die FDP bleibt bemüht, eine erneute Erstarrung unserer Deutschlandpolitik zu verhindern. Die FDP wird sich nicht nur für eine Fortführung, sondern auch für eine personelle, zeitliche und räumliche Ausdehnung der Passierscheinaktionen einsetzen.

Berlin sind für seine natürliche Aufgabe als politisches und geistiges Zentrum einer geteilten Nation die dafür notwendigen Funktionen zu übertragen. Gemeinsame technische Kommissionen aus den Behörden beider Teile Deutschlands für Fragen des innerdeutschen Personenverkehrs, des innerdeutschen Handels, des Kulturaustausches und des Sportverkehrs im geteilten Deutschland sind zu bilden und müssen ihren Sitz in Berlin haben.

II

Der Haushalt der Sparsamkeit ist in Berlin unter Verantwortung des FDP-Finanzsenators Hans-Günter Hoppe Wirklichkeit geworden. Hier wurde nicht nur über Stabilität geredet — hier wurde gehandelt, Währung und Kaufkraft wurden gestärkt.

Die Lebensfähigkeit unserer Stadt hängt von der Leistungskraft ihrer Wirtschaft ab. Durch die erfolgreichen Verhandlungen des Finanzsenators mit dem Bund ist die Verlängerung der Steuervergünstigungen bis 1970 erreicht worden. Dadurch ist eine langfristige Wirtschaftsplanung möglich, und die entscheidenden Voraussetzungen zur Sicherung der Arbeitsplätze blieben erhalten.

Die FDP erstrebt eine vorausschauende Finanzpolitik, die sich an der Aufgabe Berlins zu orientieren hat, nationaler Mittelpunkt zu sein. Die öffentlichen Aufgaben sind unter diesem Gesichtspunkt nach ihrer Dringlichkeit zu ordnen und unter den Zwang sparsamster Ausgabenpolitik zu stellen.

Die öffentliche Verwaltung darf nicht mehr ausgeben, als sie bei zumutbarer Steuerlast ihrer Bürger einnimmt. Eine gute Verwaltung ist auch eine sparsame Verwaltung. Sie hat dem Bürger zu dienen.

Eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung — insbesondere zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen — vermeidet Doppelarbeit, Kosten und Leerlauf. Die FDP will die Tätigkeit der öffentlichen Hand dort abbauen, wo private Einrichtungen diese Aufgabe besser erfüllen können.

Durch rechtzeitige Verhandlungen mit der Bundesregierung sind die wirtschaftsfördernden Maßnahmen auch

Nach vier Jahren Verantwortung im Senat stellt sich die FDP den Berliner Wählern. In diesen vier Jahren hat sie sich nach Kräften um eine liberale Politik bemüht. In Berlin wurden neue Wege gewagt.

In Berlin muß auch künftig eine moderne und weltoffene Politik betrieben werden.

Der schwarz-roten Koalition haben die Berliner schon 1963 eine Absage erteilt. Sie haben es verhindert, daß sich in dieser Stadt eine Art autoritär-bürokratischer Verwaltungsstaat etablieren konnte.

**Berlin ist nicht Bonn!
Bei uns: FDP!**

für die Zukunft zu sichern. Nur so bleibt die Chancengleichheit gewährleistet, und nur so sind die Einkommen der Bevölkerung und die Erträge der Betriebe zu verbessern. Berlin darf keine sterbende Stadt werden.

Der Wohnungsbau ist zu erstärken. Die Förderungsmaßnahmen müssen dem Rechnung tragen. Der private Wohnungsbau ist deshalb steuerlich zu begünstigen.

Die wirtschaftlichen Verbindungen zu den Staaten Ost-Europas müssen verstärkt werden. Die zentrale Lage Berlins bietet hierfür die besten Möglichkeiten. Durchlaufende Verkehrsverbindungen müssen geschaffen oder verbessert werden. Alle Fluggesellschaften müssen die Berliner Flughäfen anfliegen können. Die Flughäfen müssen durch Zubringerdienst untereinander verbunden werden.

III

Der FDP-Gesundheitsenator, Dr. Gerhart Habenicht, hat der Gesundheitspolitik wieder Vorrang gegeben. 540 Millionen DM werden jährlich für den Ausbau eines modernen Gesundheitswesens verwendet, das vom sozialen Geist des modernen Liberalismus getragen ist.

Die besondere Sorge der FDP galt den alten und kranken Mitbürgern. So wurden 1100 neue Krankenhausbetten geschaffen und erstmals nach 50 Jahren wurde mit dem Neubau eines großen städtischen Krankenhauses begonnen. Für die alten Mitbürger wurden bevorzugt neue Behandlungsmöglichkeiten geschaffen. Die Zahl der Krankenschwestern konnte erheblich erhöht, die Pflegeberufe konnten attraktiver gemacht werden.

Berlin wurde zum angesehensten Zentrum der Aus- und Fortbildung aller Heilberufe. Die Sozialmedizin wurde entscheidend gefördert, die gesundheitliche Betreuung der arbeitenden Menschen zum Schwerpunkt gemacht.

Die FDP fordert die Fortsetzung der modernen Berliner Gesundheitspolitik. Die soziale Gesundheitsvorsorge und die Gesundheitsfürsorge, besonders für Kinder, Jugendliche, Frauen, Alte und die arbeitenden Mitbürger sind auszubauen. Bestehende Krankenanstalten sind zu modernisieren und die Neubauvorhaben der medizinisch-technischen Fortschritt anzupassen. Die ärztliche Versorgung kranker Mitbürger ist auch durch Unterstützung der nichtstädtischen Krankenanstalten weiter zu verbessern.

Die Berufsausübung in den Heilberufen muß ohne jeden unnötigen staatlichen Zwang gewährleistet werden.

Die berufliche Förderung aller Heilberufe durch neuzeitliche Ausbildung und Weiterbildung, auch in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden, ist eine vordringliche Aufgabe. Die Verbände der Heilberufe und ihre Selbstverwaltung sind zu stärken.

IV

Der FDP-Justizsenator, Wolfgang Kirsch, hat dazu beigetragen, die Stellung des einzelnen Bürgers im Rechtsstaat zu stärken. Die Verwaltungsgerichte und das Finanzgericht sind in Berlin nicht mehr „Hausgerichte“ der von ihnen kontrollierten Verwaltungen. Damit ist im Interesse des rechtlich suchenden Bürgers ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum Rechtspflegeministerium getan.

Die Tätigkeit in der Berliner Justiz ist wieder attraktiv geworden. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern kennt die Berliner Justiz keine Nachwuchssorgen. Qualifizierte Richter und Staatsanwälte garantieren dem Bürger umfassenden Rechtsschutz.

Die FDP fordert für den Bürger einen schnelleren und wirksameren Rechtsschutz. Die Verfahrensordnungen müssen vereinfacht und die Zahl der Gerichtsinstanzen muß verringert werden.

Zum Schutze des Bürgers vor unberechtigten Eingriffen der Behörden in seine Rechte soll ein Parlamentsbeauftragter (Ombudsman) mit besonderen Vollmachten eingesetzt werden. Hierdurch können unnötige und oft langwierige Gerichtsverfahren vermieden werden.

Die FDP wird sich auch weiterhin für die Errichtung eines Berliner Verfassungsgerichts einsetzen.

V

Mit der FDP in Senat und Abgeordnetenhaus wurde das freiheitliche Bildungswesen in Berlin weiter verbessert.

Klassenfrequenzen konnten gesenkt werden. Zahlreiche Schulen und Turn-

hallen sind in dieser Legislaturperiode neu gebaut worden. In Berlin gibt es keine überfüllten Klassen, keinen Schichtunterricht und keinen Lehrermangel mehr.

Als einziges Land der Bundesrepublik hat Berlin die Umstellung des Schuljahres auf den Herbst so gelöst, daß für kein Kind eine Verkürzung der Schulzeit eingetreten ist.

Die Freie Universität und die Pädagogische Hochschule werden in naher Zukunft die Lehrer aller Schularten gemeinsam ausbilden. Für unsere Kinder sind die am besten ausgebildeten Lehrer gerade gut genug.

Die zur Sicherung der Zukunft unseres Volkes notwendigen Investitionen für die Wissenschaft und Forschung sind in Berlin nicht vergessen worden. Die Zuschüsse für unsere wissenschaftlichen Einrichtungen haben sich in dieser Legislaturperiode verdoppelt.

Jeder junge Mensch soll die seiner Begabung entsprechende Ausbildung erhalten. Hierzu sind moderne Unterrichtsverfahren, technische Hilfsmittel, Förderkurse und freiwillige Nachmittagsbetreuung in allen Berliner Schulen notwendig. Jeder Grundschule soll ein Schulkindergarten unter Leitung von Sozialpädagogen angegliedert werden.

Die FDP verlangt eine entscheidende Förderung der Realschule als Schulart des sozialen Aufstiegs. Die Errichtung eines grundständigen Gymnasiums in jedem Bezirk ist anzustreben.

An Berufs- und Berufsfachschulen soll die Stufenausbildung verwirklicht werden, die den in der modernen Wirtschaft sich häufenden Berufswechsel gegebenenfalls erleichtern kann.

Die Möglichkeit zu einer Universitätsausbildung sollte nicht von materiellen Voraussetzungen abhängig sein. Die FDP fordert deshalb nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten die Gebührenfreiheit an den Berliner Hochschulen.

Die Bemühungen der Freien Demokraten um Einbeziehung der Religionspädagogik in die Lehrerausbildung werden auch in Zukunft fortgesetzt.

Wissenschaft und Kunst sind besonders zu pflegen. Der Staat hat ihnen den freien Raum zu schaffen und zu erhalten, in dem sie sich frei entfalten können.

Die FDP hat sich in den vergangenen vier Jahren als politische Kraft in dieser Stadt bewährt. Als zuverlässiger Koalitionspartner hat die FDP den Mut zu einer neuen Politik gehabt. Diese Politik hat sich als erfolgreich erwiesen. Dieser Politik gehört die Zukunft.

Die FDP wird weiter für Berlin wirken, für ein modernes, welt-offenes, liberales Berlin.

Öffentliches Forum

(Fortsetzung von Seite 4)

schließlich der Bundeskanzler. Unseren Möglichkeiten waren damit Grenzen gesetzt, denn wir konnten nicht fortwährend mit dem Rücktritt drohen.

Die neue Regierung scheint weiter gesteckte Bereiche zu haben. Darüber freuen wir uns, denn es geht nicht darum, welche Regierung in der Lage ist, mehr zu erreichen. Entscheidend ist dagegen, daß mehr erreicht wird. Wir freuen uns über jeden Fortschritt und haben daher gesagt: Der neue Außenminister kann unserer Unterstützung sicher sein, wenn er eine aktivere Ostpolitik treibt, diplomatische Beziehungen aufnimmt und eine Sicherheitspolitik einleitet, die zu

einer Verringerung der Spannungen führt.

Wir sind dafür, daß auch in der Deutschlandpolitik nicht immer nur gebannt darauf gestarrt wird, was Ulbricht als nächste Schockwirkung vorhat, ob er die Härtestelle schließt und wann er sie schließt. Ich will Ihnen im Gegensatz zu Herrn Mattick von der SPD sagen: Ich bedauere, daß der Abusch-Brief nicht so beantwortet wurde, wie ein Brief in Berlin beantwortet wird. Daraus, wie man einen Abusch-Brief beantwortet, eine Staatsaktion zu machen, beweist die Minderwertigkeitskomplexe, die wir jetzt auf einmal haben, wenn die andere Seite offensichtlich etwas mit uns vorhat.

7771
Dr. Friedrich Henning
Hohenzollernstr. 21

3 d